

## Antragsformular

--

(Name, Anschrift des Zuwendungsempfängers)

Thüringer Landesverwaltungsamt  
Abteilung 4 „Kompetenzzentrum Verwaltung 4.0“  
Jorge-Semprún-Platz 4  
99423 Weimar

bei kreisangehörigen Gemeinden über den Landkreis:

--

(Name, Anschrift des Landkreises)

bei Landkreisen und kreisfreien Städten direkt über das Thüringer Landesverwaltungsamt -  
Kommunalaufsicht:

Von der Bewilligungsbehörde auszufüllen:

Aktenzeichen Datenbank:	
Registriernummer Bewilligungsbehörde:	

## Antrag auf Gewährung einer Zuwendung gemäß der Thüringer E-Government-Richtlinie

1. Angaben zum Antragsteller:	
Gemeinde, Stadt, Landkreis (Name)	
Ansprechpartner:	
Telefon:	
E-Mail:	

2. Bankverbindung für das Konto, auf das der Zuschuss eingezahlt werden soll:	
Kontoinhaber:	
IBAN:	_____

3. Fördervorhaben (kurze, eindeutige Beschreibung mit Zieldarstellung bitte als gesonderte Anlage beifügen)
4. Die Maßnahme soll am \_\_\_\_\_ begonnen werden und am \_\_\_\_\_ fertiggestellt sein. (Zeitplan über die Durchführung beifügen).
5. Die voraussichtlichen Gesamtausgaben betragen \_\_\_\_\_ EUR. (Gliederung entsprechend Nummer 5.4.1 der Richtlinie)
6. Es wird die Gewährung einer Zuwendung in Höhe von \_\_\_\_\_ EUR beantragt.

7. Finanzierungsplan:		
a) Gesamtausgaben	_____	EUR
b) zuwendungsfähige Ausgaben gemäß Richtlinie	_____	EUR
c) beantragter Zuschuss gemäß Richtlinie	_____	EUR
d) Eigenmittel	_____	EUR
e) Sonderbedarfzuweisung	_____	EUR
f) Drittmittel	_____	EUR
g) Zuwendungen	_____	EUR

8. Für die beantragte Maßnahme haben wir von einer anderen Stelle eine Förderung beantragt oder bereits zugesagt bekommen:

Zuwendungsgeber	Art der Förderung Zuschuss/Darlehen	Betrag in Euro	beantragt	bereits zugesagt

9. Begründung und ausführliche Beschreibung der Maßnahme

- a) Zur Maßnahme selbst (Erfüllung der Nummer 2 der Richtlinie, Notwendigkeit, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in folgenden Jahren; Planungsstand);
- b) Zusätzliche Erläuterungen zur Finanzierung (aufgeschlüsselte Eigenleistungen mit entsprechenden Beträgen und anderes) sowie Bemessung der beantragten Zuweisung, sofern von Nummer 5.2 der Richtlinie abgewichen wird.

10. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen der Maßnahme (Folgekosten) und Darstellung der Finanzierung in der mittelfristigen Finanzplanung.

## 11. Erklärungen des Antragstellers:

- Mit der beantragten Maßnahme wurde noch nicht begonnen und wird auch nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides begonnen. (Als Vorhabensbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten.)
- Die Zuwendung wird wirtschaftlich, sparsam und ihrem Zweck entsprechend verwendet.
- Der Antragsteller ist für dieses Vorhaben zum Vorsteuerabzug nicht/berechtigt (Nachweis beifügen).
- Die im Finanzierungsplan ausgewiesenen Eigenmittel stehen im Durchführungszeitraum bereit, die Gesamtmaßnahme kann vom Antragsteller vorfinanziert werden. Auch die Finanzierung der Folgekosten entsprechend der Nummer 4.3 der Richtlinie ist gesichert.
- Die Richtlinie zur Förderung von E-Government und IT in Thüringer Kommunen wird zur Kenntnis genommen und als verbindlich anerkannt.
- Dem Antragsteller ist bekannt, dass es sich bei den Zuwendungen nach dieser Richtlinie um Subventionen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches und des § 1 Thüringer Subventionsgesetz handelt. Die im Antragsformular unter den Nummern 1 bis 11 Spiegelstrich 1, 3, 4, 5 und Nummer 12 aufgeführten Tatsachen sind als subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches bekannt. Die Strafbarkeit des Subventionsbetruges ist bekannt.

Die in diesem Antrag und in den Antragsunterlagen gemachten Angaben sind richtig und vollständig.

12.	Beigefügte Unterlagen:
	Beschluss der zuständigen kommunalen Vertretung zur Realisierung der beantragten Maßnahme (in Kopie)
	Stellungnahme der Rechtsaufsichtsbehörde (Bestätigung der Sicherstellung des Eigenanteils, Förderwürdigkeit)
	rechtsverbindliche Erklärung, dass eine Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 des Umsatzsteuergesetzes besteht/nicht besteht
	Zeitplan über die Durchführung
	Darstellung der Eigenleistungen (entsprechend Nummer 5.4.1 der Richtlinie)
	Sonstiges: _____

\_\_\_\_\_  
Ort

\_\_\_\_\_  
Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift Antragsteller/Stempel

\_\_\_\_\_  
Stempel Dienststelle